



Frank Bsirske

Mindestlohn in der (Euro-)Krise

Die Euro-Krise unterstreicht die Bedeutung des gesetzlichen Mindestlohns

Deutschlands ökonomische und soziale Lage

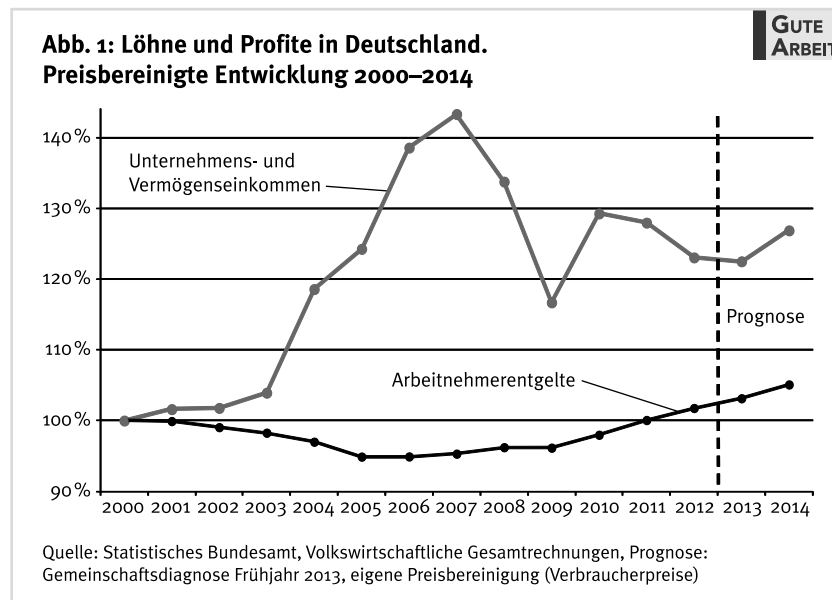
Selten war die Spannweite der Beurteilung der ökonomischen und sozialen Situation in Deutschland so groß wie heute. Die eine Sichtweise, die sich vorwiegend aus Stellungnahmen der Regierung, der Unternehmen und ihnen zugeneigten Wirtschafts(forschungs)instituten speist, betont die überaus guten wirtschaftlichen Grundlagen in Deutschland und zeichnet die Entwicklung in rosigen Tönen – trotz Eurokrise. Als zentraler Beleg gilt die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen, die sich trotz der großen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 von knapp vier Millionen im Jahr 2000 auf unter drei Millionen im Jahr 2012 reduziert hat. Gleichzeitig wird darauf verwiesen, dass sich die Zahl der Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum um 2,2 Millionen von 39,4 Millionen auf 41,6 Millionen erhöht hat. Bei der Darstellung dieser zwischenzeitlich vielfach als »deutsches Jobwunder« bezeichneten Entwicklung fehlt selten der Hinweis auf die »Agenda 2010« und die damit eingeleitete Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die diese Entwicklung erst möglich gemacht hätten. Den grundlegenden Reformen auf dem Arbeitsmarkt sei Deutschlands gestiegene Wettbewerbsfähigkeit und die gute wirtschaftliche Entwicklung in einem Meer von krisenhaften Entwicklungen in Europa zu verdanken. Sie werden deshalb als Vorbild für die südeuropäischen Länder propagiert, um deren Krise zu beenden.

Ein ganz anderes Bild zeichnen demgegenüber vor allem kritische Ökonomen und Gewerkschaften. Die Entwicklung in Deutschland wird als Teil der gegenwärtigen Eurokrise gesehen. Auch bei dieser Sichtweise spielt die »Agenda 2010« eine zentrale Rolle – allerdings keine gute. Die mit ihr verbundenen Arbeitsmarkt-»Reformen« werden als maßgeblich dafür verantwortlich gesehen, dass sich die Arbeitsbedingungen und die Qualität der Arbeit massiv verschlechtert haben. Es entstand einer der größten Niedriglohnsektoren in Europa, der die Lohnentwicklung in Deutschland stark unter Druck gesetzt hat. Das reale Arbeitnehmerentgelt (Bruttolöhne und -gehälter plus Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber) ist zwischen 2000 und 2005 deutlich gesunken und erreichte erst 2011 wieder den Stand des Jahres 2000. Bis 2014 wird ein Anstieg um gerade einmal 5,4 Prozent gegenüber 2000 prognostiziert. Selbst dann läge der durchschnittliche jährliche Anstieg der realen Arbeitnehmerentgelte seit dem Jahr 2000 bei lediglich 0,4 Prozent.





Damit ist die wirtschaftliche Entwicklung der letzten 13 Jahre an der Gesamtheit der Beschäftigten fast völlig vorbeigegangen. Von der Zunahme der realen Wirtschaftsleistung in diesem Zeitraum um gut 14 Prozent oder 1,1 Prozent pro Jahr haben fast ausschließlich die Empfänger von Unternehmens- und Gewinneinkommen profitiert. Ihre realen Einkommen sind zwischen 2000 und dem Beginn der Krise um über 40 Prozent gestiegen. Nach einem zeitweisen Rückgang in der Krise nähern sie sich inzwischen bereits wieder der 30-Prozent-Marke (Abbildung 1).



Die Agenda 2010 und die Folgen

An dieser Entwicklung hatte die Umsetzung der Gesetze am Arbeitsmarkt, vor allem Hartz IV, einen wesentlichen Anteil. Und dies war keineswegs eine unbeabsichtigte Nebenfolge einer ansonsten beschäftigtenfreundlichen Politik, sondern genauso beabsichtigt. Dies hatte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder Anfang 2005 auf dem World Economic Forum in Davos ausdrücklich klargestellt: »Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt. (...) Wir haben einen funktionierenden Niedriglohnsektor aufgebaut, und wir haben bei der Unterstützungszahlung Anreize dafür, Arbeit aufzunehmen, sehr





stark in den Vordergrund gestellt.«¹ Anders als früher sind Erwerbslose seitdem etwa gezwungen, einen angebotenen Job auch dann anzunehmen, wenn ihre Hilfebedürftigkeit dadurch nicht beendet, sondern nur gemindert wird, und sie weiter auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Im Zusammenwirken mit allenfalls branchenbezogenen Lohnuntergrenzen und einem fehlenden gesetzlichen Mindestlohn, einer sinkenden Tarifbindung und dem unheilvollen Wirken christlicher (»gelber«) Gewerkschaften hat dies den Druck auf das Lohnniveau erhöht. Inzwischen hat das reiche Deutschland den siebtgrößten Niedriglohnsektor in der EU. Noch schlechter stehen nur sechs kleinere osteuropäische Staaten und Zypern da. Die aktuelle Europäische Lohnstrukturerhebung für das Jahr 2010 zeigt, dass im Schnitt der 17 Euro-Ländern 14,8 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor arbeiten. In Deutschland sind es dagegen 22,2 Prozent. Hier muss also fast jede(r) Vierte(r) mit einem Niedriglohn auskommen, verdient damit weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns (Median).² Nach Berechnungen des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) erhalten damit gut 8 Millionen Beschäftigte einen Stundenlohn von weniger als 9,14 Euro. 20,5 Prozent oder 6,9 Millionen Beschäftigte verdienen weniger als den von den Gewerkschaften geforderten Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro, darunter 2,7 Millionen Vollzeitbeschäftigte. 2,9 Millionen oder 8,7 Prozent verdienen sogar weniger als sechs Euro die Stunde.³

Vollends entzaubert wird das »deutsche Jobwunder«, wenn die qualitative Entwicklung der Beschäftigung betrachtet wird: Trotz des gefeierten deutlichen Anstiegs der Zahl der Erwerbstätigen zwischen 2000 und 2012 um 2,2 Millionen oder knapp 6 Prozent haben sich die insgesamt geleisteten Arbeitsstunden bzw. das gesamte Arbeitsvolumen lediglich um 0,3 Prozent von 57,9 auf 58,1 Milliarden Stunden erhöht. In der letzten Dekade wurde also nicht mehr Arbeit geschaffen, sondern diese lediglich umverteilt. Deutlich mehr Beschäftigte teilen sich heute ein annähernd gleiches Volumen an Arbeitszeit. Hätten die 2,2 Millionen zusätzlich Beschäftigten einen normalen Vollzeitarbeitsplatz von wenigstens 35 Stunden die Woche gefunden, hätte das Arbeitsvolumen um rund 3,5 Milliarden Stunden oder knapp sechs Prozent auf 61,5 Milliarden Stunden steigen müssen.

Mit dieser Entwicklung ging eine massive Verschlechterung der Arbeits- und Einkommensbedingungen einher (vgl. Abbildung 2): Knapp zwei Millionen existenzsichernde Vollzeitarbeitsplätze sind seit dem Jahr 2000 verschwunden. Da-

1 Vgl. http://www.gewerkschaft-von-unten.de/Rede_Davos.pdf

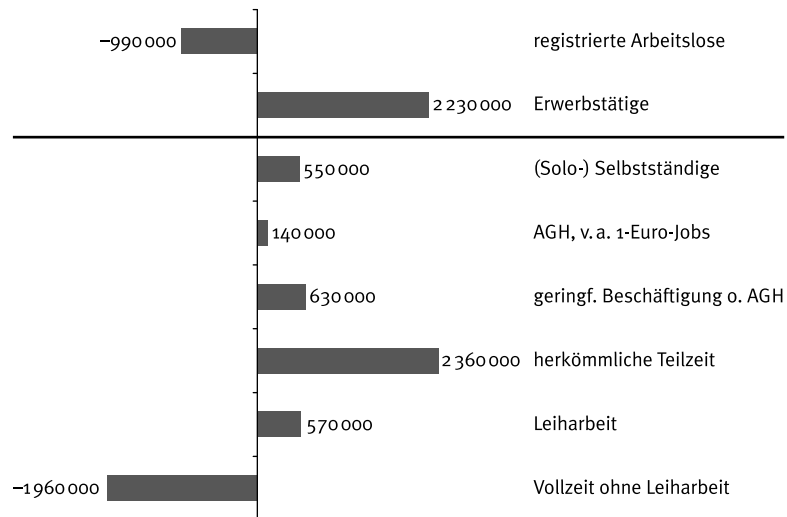
2 Vgl. Bezzina, E. (2012), S. 1.

3 Angaben für 2011. Vgl. IAQ-Report, Nr. 1, 2013, S. 10ff.



Abb. 2: Mehr Beschäftigung – aber was für welche?
Veränderungen der Erwerbstätigenzahlen von 2000 bis 2012

GUTE
ARBEIT



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, auf 10000 gerundet (Stand: März 2013)

für entstanden massenhaft atypische, vielfach prekäre Jobs:⁴ 570 000 Leih- und 2,4 Millionen Teilzeitarbeitsplätze, 630 000 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und 140 000 Ein-Euro-Jobs. Auch die Zahl der Selbstständigen hat um 550 000 zugenommen. Dieser Anstieg resultiert praktisch ausschließlich aus »Solo-Selbstständigen«, die keine weiteren Beschäftigten haben, und von denen nach letzten Erhebungen für 2011 25 Prozent mit einem monatliches Bruttoeinkommen von 1550 Euro (1000 Euro Netto) oder weniger auskommen müssen.⁵ Darüber hinaus hatten im selben Jahr rund 2,7 Millionen oder knapp zehn Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nur ein befristetes Beschäftigungsverhältnis. Im Jahr 2000 waren es lediglich 7,2 Prozent, und damit über eine halbe Millionen weniger.

Die Ausweitung atypischer Beschäftigung ist eine wesentliche Ursache für die Ausdehnung des Niedriglohnsektors (s. a. den Beitrag von Wolfgang Uellen-

4 In einer Untersuchung zu den »Weiterbildungsverlierern« für die Bertelsmann Stiftung konstatiert der Autor: »Während von den Normalbeschäftigten nur 1,4 Prozent ein Einkommen von unter 700 Euro für den Lebensunterhalt erwirtschaftet, muss unter den atypisch Beschäftigten jeder Vierte (25,4 Prozent) mit dieser Summe (oder weniger) leben.« Frick, F. u. a. (2013), S. 19.

5 Vgl. Brenke, K. (2013), S. 13.





berg-van Dawen in diesem Band). Minijobs, die es in anderen Ländern gar nicht gibt, werden bezogen auf die Stundenlöhne zu über 86 Prozent, befristete Beschäftigungen zu 39 Prozent, sozialversicherungspflichtige Teilzeit zu 25 Prozent und Zeitarbeit zu gut zwei Dritteln unter Niedriglohnbedingungen verrichtet.⁶ Im internationalen Vergleich ist der Anteil regulärer Vollzeitbeschäftigung in Deutschland mittlerweile sogar besonders niedrig und der Rückgang besonders stark. Insgesamt sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Niedriglöhne in Deutschland im internationalen Vergleich überdurchschnittlich stark gestiegen und insbesondere im Dienstleistungsbereich weit verbreitet.⁷ Immer mehr Beschäftigte sind trotz Erwerbsarbeit auf »aufstockendes« Arbeitslosengeld II angewiesen. 2012 waren es 1,3 Millionen Beschäftigte. 2007 waren es noch 155 000 weniger.

Konsequenzen für Europa

Folge dieser politisch initiierten und gewollten qualitativen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt ist die schlechteste Reallohnentwicklung unter allen Euroländern. Zwischen 2000 und dem Kriseneinbruch 2008 waren in den übrigen Euroländern die Reallöhne pro Kopf zwischen 3,5 Prozent (Portugal) und 28 Prozent (Slowakei) gestiegen. Nur in Deutschland waren sie im gleichen Zeitraum real um 3 Prozent gefallen (Abbildung 3).

Vor diesem Hintergrund wird von einem »deutschen Lohndumping«⁸ gesprochen, das maßgeblich dafür verantwortlich ist, dass die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu Lasten anderer Euroländer massiv gestiegen ist. Zentrale Messziffer für die Wettbewerbsfähigkeit sind die so genannten Lohnstückkosten, die sich aus der Höhe der Löhne und der Produktivität ergeben. Da die Produktivitätsentwicklung in den südlichen Ländern der Eurozone zwischen 2000 und 2007, also vor Beginn der Krise 2008, sich nicht wesentlich von der durchschnittlichen Entwicklung im Euroraum (+ 8,6 Prozent) unterschieden hat, in Griechenland sogar deutlich höher war (+ 22,7 Prozent),⁹ ist das Auseinanderdriften der Lohnstückkosten (vgl. Abbildung 4) und damit der zunehmende Wettbewerbsvorteil Deutschlands maßgeblich auf die hiesige Lohnentwicklung zurückzuführen.

Zwischen der Euro-Einführung 1999 und dem Beginn der Krise 2008 stieg der deutsche Exportüberschuss von unter 20 Milliarden Euro auf nie gekannte

6 Vgl. IAQ-Report Nr. 6, 2010; vgl. auch Statistisches Bundesamt (2009), S. 15.

7 Eichhorst, W./Marx, P./Thode, E. (2010).

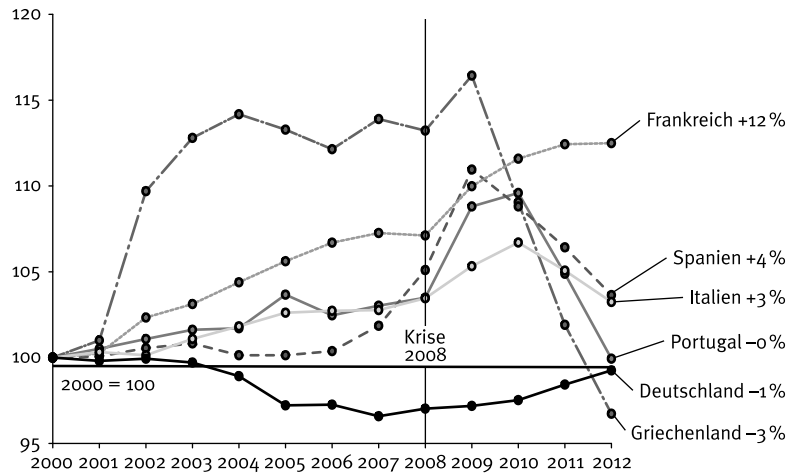
8 Vgl. etwa Dürmeier, T. (2013) und bereits Kaiser, A./Lange, K. (2010).

9 Der Anstieg der Arbeitsproduktivität je Stunde lag ausweislich der Angaben von Eurostat zwischen 2000 und 2007 in Deutschland bei 12,7 Prozent, in Spanien bei 4,6 Prozent und in Portugal bei 7,7 Prozent. Lediglich in Italien war der Produktivitätsanstieg mit 1,8 Prozent deutlich niedriger.



Abb. 3: Entwicklung der Löhne in Europa – Reallöhne pro Kopf

GUTE ARBEIT



Quelle: Ameco-Datenbank; Preisbereinigung: Deflator des privaten Konsums

Abb. 4: Entwicklung der Lohnstückkosten in Europa – Verhältnis von Lohnkosten und Produktivität

GUTE ARBEIT



Quelle: Eurostat



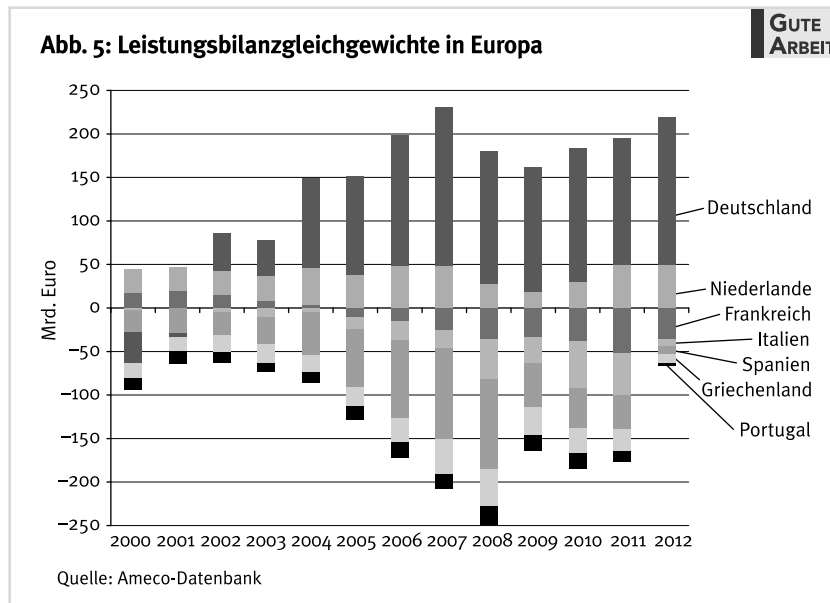
Niveaus von über 150 Milliarden Euro. Auch vor der Euro-Einführung gab es Zeiten, in denen der deutsche Exportüberschuss starke Anstiege verzeichnete. Nur griffen hier noch Kompensationsmechanismen. Denn um die deutschen Güter bezahlen zu können, mussten die Importländer sich in steigendem Maße deutsche Währung auf den Finanzmärkten besorgen. Diese steigende Nachfrage nach DM ließ den Kurs ansteigen. Deutsche Güter im Ausland wurden entsprechend teurer, was den Exportüberschuss wieder sinken ließ. Mit der Einführung des Euro als gemeinsame Währung ist dieser Korrekturmechanismus, der zu dieser Zeit knapp die Hälfte der deutschen Exporte betroffen hätte, weggefallen.

Der in Europa einzigartige Rückgang der Reallöhne im wirtschaftlich starken Deutschland in der Zeit vor der Krise 2008 und die damit verbundene Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit haben mit dazu beigetragen, dass die Leistungsbilanzen in der Eurozone aus dem Ruder liefen. Deutsche Exporteure konnten ihre qualitativ hochwertigen Güter vergleichsweise immer preiswerter anbieten und so den Export steigern. Wegen der lohnbedingt schwachen Binnennachfrage blieb ihnen auch gar nichts anders übrig, um ihren Absatz zu sichern. Gleichzeitig geriet als Folge der Reallohnstagnation auch die Nachfrage nach Importen unter Druck. Für die südeuropäischen Länder bedeutete dies, dass sie einerseits immer weniger ihrer Güter in Deutschland absetzen konnten, andererseits aber deutsche Güter relativ zunehmend preisgünstiger auf ihren Märkten angeboten wurden. Steigende Importe bei sinkenden Exportmöglichkeiten hatten für die südlichen Euroländer sich ausweitende Export- und Leistungsbilanzdefizite und eine daraus resultierende steigende Verschuldung zur Folge. Spiegelbildliches geschah in Deutschland. Schwache Importe bei steigenden Exporten führten hier zu massiven Überschüssen (Abbildung 5). Die Defizite der südlichen Länder und deren Verschuldung haben die hohen Überschüsse in Deutschland erst möglich gemacht.

Insofern kann es nur einen dauerhaften Ausweg aus der Eurokrise geben, wenn Überschüsse und Defizite gleichermaßen abgebaut und zukünftig verhindert werden. Beides sind Seiten der gleichen Medaille. Um die Verschuldungssituation in Europa in den Griff zu bekommen, führt an einem Abbau der Leistungsbilanzdefizite wie der Überschüsse kein Weg vorbei. Hier muss Deutschland seine Hausaufgaben machen und Maßnahmen ergreifen, die in Richtung eines Abbaus der übermäßigen Überschüsse wirken.

Falsche Analyse – falsche Therapie

Trotz dieser ökonomischen Zusammenhänge dominiert gegenwärtig in der Europäischen Union die Sichtweise der deutschen Bundesregierung, wonach Deutschland in der Vergangenheit alles richtig gemacht habe. Der deutsche



Weg wird sogar als Blaupause für die Therapie der Eurokrise propagiert und von der Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfond bislang gegen allen Widerstand in den südlichen Euroländern durchgesetzt. Statt über eine nachholende Lohnentwicklung im Überschussland Deutschland den Wettbewerbsdruck auf die südlichen Euroländer zu senken und über eine damit verbundene gestärkte Binnennachfrage die Importe zu erhöhen, sollen diese nun den wirtschafts- und lohnpolitischen Kurs Deutschlands nachvollziehen. Das zerstört aber nicht nur deren Binnenmärkte und führt zu massiven wirtschaftlichen Einbrüchen, sondern lässt auch die Arbeitslosigkeit in den betroffenen Ländern nach oben schnellen.¹⁰ Schwere soziale und ökonomische Verwerfungen sind die Folge, deren langfristige Wirkungen noch gar nicht absehbar sind.

Der Mindestlohn gerät europaweit unter Druck

Im Zusammenhang mit der von der Troika durchgesetzten Spar- bzw. Austeritätspolitik gerät auch der gesetzliche Mindestlohn, der seit langem in 20 von 27 EU-Staaten zu den etablierten Instrumenten einer sozialen Regulierung des Arbeitsmarktes gehört, unter Druck. Vor dem Hintergrund der Fehlanalyse, ein

¹⁰ Vgl. Flassbeck, H./Spiecker, F. (2012); Flassbeck, H. (2012).





zu hohes Lohnniveau sei eine der zentralen Ursachen der Probleme der südlichen Euroländer, versucht die Troika Löhne zu drücken und Mindestlohnstandards zu schleifen. Nur dann werden finanzielle Hilfen gewährt. Am schlimmsten traf es zwischenzeitlich Griechenland. Mit einem bislang beispiellosen Eingriff setzte die Troika im Februar 2012 durch, dass dort der Mindestlohn um 22 Prozent auf nun nur noch 3,35 Euro gekürzt wurde.¹¹ Andere Länder, die finanzielle Unterstützung von der EU und dem IWF erhalten, mussten ebenfalls schwere Angriffe auf Tarifautonomie und Arbeitnehmerrechte hinnehmen. Zu den verordneten »strukturellen Reformen« gehören neben massiven öffentlichen Ausgabenkürzungen v. a. Maßnahmen, die die Lohnentwicklung betreffen. Portugal, Irland, Lettland und Rumänien mussten sich etwa verpflichten, eine Erhöhung des nationalen Mindestlohns zu unterlassen. In diesem Klima der vorherrschenden Austeritätspolitik sind auch die turnusmäßigen Anpassungen des Mindestlohniveaus europaweit unter Druck geraten. In seiner Auswertung kommt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung zu dem Ergebnis, dass sich 2012 in 14 von 30 untersuchten Ländern das reale Mindestlohniveau nicht nur nicht erhöht, sondern sogar verringert hat.¹²

Als Folge dieser Politik sinkt seit 2009 das Lohnniveau in allen südlichen Euroländern (Abbildung 3). Zwischen 2000 und 2009 waren etwa in Griechenland die Reallöhne pro Kopf im Durchschnitt noch um 16,4 Prozent gestiegen. Seitdem haben massive Lohnkürzungen dazu geführt, dass dieser Anstieg bis 2012 nicht nur völlig weggeschmolzen ist, sondern sich in ein reales Minus verwandelt hat. 2012 lagen die Reallöhne in Griechenland im Schnitt bereits 3,3 Prozent unter dem Niveau von 2000. Und für 2014 prognostiziert die EU einen weiteren massiven Rückgang um dann 10,3 Prozent gegenüber 2000. Ähnlich Entwicklungen, wenngleich (noch) nicht mit der griechischen Dramatik, sind in Spanien, Italien und Portugal zu verzeichnen. Seit 2010 fallen dort die Reallöhne ebenfalls, wenngleich in diesen Ländern auch für 2014 noch ein kleines Plus gegenüber dem Jahr 2000 prognostiziert wird. Damit scheint es der Troika tatsächlich zu gelingen, diesen Ländern eine die deutsche Entwicklung nachvollziehende Lohnentwicklung aufzuzwingen.

Allerdings gerät so auch das deutsche Exportmodell an erste Grenzen. Denn die südlichen Euroländer fallen zunehmend als Abnehmer deutscher Güter aus. Ein Einbruch des deutschen Exports konnte bislang allerdings verhindert werden. Der Exportrückgang in die Eurozone – der Anteil der deutschen Warenausfuhren in die Eurozone reduzierte sich von 45,5 Prozent im Jahr 2000 auf 37,5 Prozent im Jahr 2012 – wurde durch eine deutliche Exportsteigerung vor al-

¹¹ Vgl. Schulten, T. (2013), S. 127.

¹² Vgl. ebd., S. 128ff.





lem in die süd- und ostasiatischen Schwellenländer sowie nach Japan mehr als kompensiert. Die Ausfuhren nach Russland schlugen mit Zuwachsraten von fast 9 Prozent in den letzten sechs Jahren ebenfalls positiv zu Buche.¹³ Auch hier profitiert Deutschland von der Europäischen Währungsunion. Denn wegen der schlechten wirtschaftlichen Situation in vielen anderen europäischen Ländern schlagen sich die deutschen Exportüberschüsse kaum in einem Anstieg des Eurokurses gegenüber dem Dollar nieder. Für den deutschen Exportsektor kommt dies einer dauerhaften Subvention gleich. Allerdings müssen sich – solange Deutschland Leistungsbilanzüberschüsse aufweist – nun andere Länder gegenüber Deutschland verschulden. Die Verschuldungskarawane zieht gewissermaßen weiter. Dies geht aber nur solange gut, wie keine Zweifel an der Zahlungsfähigkeit der Defizitländer auftauchen. Wie schnell sich die Situation grundlegend ändern kann, hat die Eurokrise gezeigt.

Deshalb bleibt es nach wie vor eine Aufgabe ersten Ranges, dass Deutschland seine Binnennachfrage stärkt und auf diese Weise seine Exportabhängigkeit und damit seine Leistungsbilanzüberschüsse reduziert.¹⁴ Ein schnell umzusetzendes Mittel, die Binnennachfrage und die Importe nachhaltig zu stärken, wäre die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland. Durch eine gesetzliche Lohnuntergrenze würde nicht nur eine fixe Lohnuntergrenze geschaffen, die die gewerkschaftliche Verhandlungsmacht in Tarifverhandlungen stärken würde. In anderen europäischen Ländern würde gleichzeitig der Druck auf bestehende Mindestlohnstandards reduziert.

Deutschland und Europa brauchen den gesetzlichen Mindestlohn

In Deutschland ist in jüngster Zeit die politische Diskussion um Mindestlöhne bzw. »Lohnuntergrenzen« stark in Bewegung geraten. Bekanntlich setzen sich deutsche Gewerkschaften seit rund zehn Jahren für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Diese Forderung erhält angesichts der Ausweitung des Niedriglohnssektors immer weiteren Zuspruch. Inzwischen sind nach repräsentativen Umfragen rund 80 Prozent der Bevölkerung für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Nach einer aktuellen Forsa-Umfrage im Auftrag des Handelsblatts spricht sich sogar eine Mehrheit unter Managern für den gesetzlichen Mindestlohn aus. In mittelgroßen Unternehmen und in der Dienstleistungsbranche war die Zustimmung mit über 60 Prozent am höchsten.¹⁵

In der Vergangenheit wurde eine ganze Reihe von Untersuchungen vorgelegt, die mögliche Folgen von Mindestlöhnen abzuschätzen versuchten. Stu-

¹³ Brenke, K./Junker, S. (2013), S. 5.

¹⁴ Zum Zusammenhang von Umverteilung »von unten nach oben« und schwacher Binnennachfrage vgl. Reuter, N. (2012).

¹⁵ Vgl. Handelsblatt vom 15. Juli 2013, S. 1.





dien, die einen mehr oder weniger großen Verlust an Arbeitsplätzen in Deutschland prognostizieren,¹⁶ stehen solchen gegenüber, die gar keinen negativen Effekt, teilweise sogar einen positiven auf die Beschäftigung diagnostizieren.¹⁷ Auch in internationalen Studien gab es kein einheitliches Ergebnis. Vor allem empirische Studien, die die konkreten Situationen vor und nach Einführung eines Mindestlohns in einzelnen Branchen untersuchten, konnten in der Regel keine nachteilige Wirkung von Mindestlöhnen auf die Beschäftigung feststellen.¹⁸

Dies wurde zwischenzeitlich durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) weiter bestätigt. Das BMAS hatte 2011 eine umfassende wissenschaftliche Überprüfung bestehender Regelungen zu allgemeinverbindlichen Mindestlöhnen in acht Branchen (Bauindustrie, Dachdeckerhandwerk, Abfallwirtschaft, Wäschereidienstleistungen, Gebäudereinigung, Pflegebranche, Maler- und Lackiererhandwerk und Elektrohandwerk) in Auftrag gegeben. Die Studien, die von sechs verschiedenen Wirtschaftsforschungsinstituten erstellt wurden, und deren Ergebnisse zwischenzeitlich vorliegen, konnten keine Beschäftigungsverluste durch Mindestlohnregelungen feststellen.¹⁹ Im Gegenteil: Selbst die betroffenen Arbeitgeber und ihre Verbände sahen überwiegend positive Auswirkungen der eingeführten Mindestlohnregelungen.

Eine Studie des Schweizer Prognos-Instituts, in der erstmals die fiskalischen Effekte eines gesetzlichen Mindestlohns untersucht wurden, kam darüber hinaus zu dem Ergebnis, dass ein gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland erhebliche Mehreinnahmen und Minderausgaben für den Staat zur Folge hätte.²⁰ Bei einem Mindestlohn in Höhe von zunächst 8,50 Euro würden die öffentlichen Haushalte um gut sieben Milliarden Euro entlastet. Diese positive Wirkung auf die öffentlichen Haushalte ergibt sich im Wesentlichen aus zusätzlichem Steueraufkommen, höheren Einnahmen bei den Sozialversicherungen (Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung) bei gleichzeitig geringeren Sozialausgaben (aufstockendes Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Kinderzuschlag, Wohngeld).

Aktuell zeigt eine Studie des Pestel-Instituts, dass gut neun Millionen Beschäftigungsverhältnisse von einem Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro profitieren würden. Die gesamte Kaufkraft würde dann um gut 19 Milliarden Euro pro Jahr steigen, ein Wert, der etwa 1,3 Prozent der gesamten privaten Konsum-

16 Vgl. etwa Ragnitz, J./Thum, M. (2008). Zur Kritik der »Berechnungen« vgl. ver.di/Wirtschaftspolitische Informationen, Nr. 4, 2012.

17 Vgl. Bartsch, K. (2011).

18 Vgl. Ragacs, C. (2003).

19 Vgl. www.bmas.de (suche: »Mindestlohn Evaluation«).

20 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2011).



ausgaben des Jahres 2012 entspricht und damit einen nicht unerheblichen Konsumschub auslösen würde.²¹ Der Ökonometriker Klaus Bartsch war bereits 2009 in einem Gutachten zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen und hatte daraus einen dauerhaften Beschäftigungsgewinn von bis zu 700000 Arbeitsplätzen errechnet.²²

Diese Entwicklung – einerseits starker Anstieg der Niedriglohnbeschäftigung, andererseits zunehmende Hinweise auf positive statt negative Beschäftigungseffekte bei gleichzeitig positiven fiskalischen Effekten – dürfte auch dazu beigetragen haben, dass sich sukzessive die politische Einschätzung von Mindestlöhnen geändert hat. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 ist auch in der Politik einiges in Bewegung gekommen. SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen fordern in ihren Wahlprogrammen explizit einen gesetzlichen Mindestlohn. Zuletzt sahen sich sogar CDU/CSU und die FDP gezwungen, ihre kategorische Ablehnung von Mindestlöhnen aufzugeben. Ihre Zustimmung zu »differenzierten Lohnuntergrenzen« sind allerdings noch weit von der Forderung des DGB nach Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von zunächst 8,50 Euro entfernt.

Der gesetzliche Mindestlohn – Aufgabe der neuen Bundesregierung

Eine allgemeingültige Lohnuntergrenze erscheint angesichts der Entwicklung in Europa im Allgemeinen und der Einkommens- und Vermögensentwicklung in Deutschland im Besonderen immer dringlicher. Ein gesetzlicher Mindestlohn, dessen Unterlaufen durch Werkverträge und Scheinselbstständigkeit konsequent unterbunden würde, wäre ein zentraler Baustein, um bereits auf der Ebene der Verteilung zwischen Arbeits- und Gewinneinkommen (Primärverteilung) eine Wende einzuleiten. Er wäre auch ein wirksames Mittel gegen die nach wie vor bestehende Lohndiskriminierung von Frauen, die immerhin zwei Drittel aller Niedriglohnjobs verrichten.²³ Er würde zudem verhindern, dass sich die Einkommensspreizung durch ein weiteres Absinken des Lohnniveaus weiter vergrößert und Unternehmen die Notlage von Beschäftigten weiter ausnutzen können. Unternehmen könnten sich dann nicht mehr durch einen Wettbewerb um niedrigste Löhne Konkurrenzvorteile verschaffen und so das Lohngefüge insgesamt nach unten drücken. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland würde auch ein wichtiges Zeichen setzen, um einem weiteren Angriff auf bestehende Mindestlohnstandards in anderen Ländern entgegenzu-

²¹ Vgl. Pestel-Institut (2013).

²² Vgl. Bartsch, K. (2011).

²³ Vgl. hierzu ausführlich Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)/Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) (2011).



wirken. So würde auch ein sichtbares Signal gesetzt, dass Deutschland seine Rolle am Zustandekommen der Eurokrise verstanden hat und bemüht ist, einen neuen Weg einzuschlagen, der eine gleichgewichtige und gerechte Entwicklung in Europa ermöglicht.

Literatur

- Bartsch, K. (2011): Was bringt ein gesetzlicher Mindestlohn für Deutschland? Eine aktualisierte und erweiterte Simulationsstudie, Gutachten im Auftrag des ver.di-Bundesvorstands, Neuendorf.
- Bartsch, K. (2011): Zu den fiskalischen Aspekten der Einführung eines allgemeinverbindlichen gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland – Eine makroökonomische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Ergebnisse des IW Köln (Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln). Gutachten im Auftrag der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Neuendorf.
- Bezzina, E. (2012): In 2010, 17% of employees in the EU were low-wage earners, in: Eurostat Statistics in Focus, Nr. 48.
- Brenke, K. (2013): Allein tätige Selbständige: starkes Beschäftigungswachstum, oft nur geringe Einkommen, in: DIW Wochenbericht, Nr. 7, S. 3–16.
- Brenke, K./Junker, S. (2013): Zunehmende Diversifizierung der deutschen Warenexporte, in: DIW Wochenbericht, Nr. 10, S. 3–15.
- Dürmeier, T. (2013): Faule Griechen oder deutsches Lohndumping? Die Rolle der Ungleichgewichte in der EU-Krise, hrsg. von WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V., März.
- Eichhorst, W./Marx, P./Thode, E. (2010): Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh.
- Flassbeck, H. (2012): Der Exportjunkie hängt weiter an der Nadel, in: Financial Times Deutschland, 20. November.
- Flassbeck, H./Spiecker, F. (2012): Falsche Diagnose, falsche Therapie – wie die Politik in der Eurokrise dank falscher Theorie versagt, in: WISO, Nr. 2, S. 16–26.
- Frick, F. u.a. (2013): Die Weiterbildungsverlierer. Weniger Weiterbildung für immer mehr atypisch Beschäftigte, Gütersloh.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2011): Fiskalische Effekte eines gesetzlichen Mindestlohns. Studie der Prognos AG im Auftrag der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn.
- Kaiser, A./Lange, K. (2010): Deutsches Lohndumping sprengt die Währungsunion, in: Manager-Magazin, 19. Oktober.
- Pestel-Institut (2013): Mindestlohn bringt Kaufkraft. Studie im Auftrage der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Hannover.
- Ragacs, C. (2003): Mindestlöhne und Beschäftigung: Ein Überblick über die neuere empirische Literatur, Wirtschaftsuniversität Wien, Working Paper Nr. 25, Wien.
- Ragnitz, J./Thum, M. (2008): Beschäftigungswirkungen von Mindestlöhnen – eine Erläuterung zu den Berechnungen des ifo Instituts; in: ifo Schnelldienst, Nr. 1, S. 16–20.
- Reuter, N. (2012): Armer Staat – vom Desaster der Finanz- und Steuerpolitik, in: Frank Bsirske/ Andrea Kocsis/Franz Tremel (Hrsg.): Gegen den schleichenden Abbau des Sozialstaats. Konsequenzen – Alternativen – Perspektiven, Hamburg, S. 54–71.
- Schulten, T. (2013): WSI-Mindestlohnbericht 2013. Anhaltend schwache Mindestlohnentwicklung in Europa, in: WSI Mitteilungen, Nr. 2, S. 126–132.





Statistisches Bundesamt (2009): Niedrigeinkommen und Erwerbstätigkeit. Begleitmaterial zum Pressegespräch am 19. August 2009 in Frankfurt am Main, Wiesbaden.

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)/Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) (Hrsg.) (2011): Gegen Lohndumping. Gesetzlicher Mindestlohn jetzt!, Berlin.

